



## BRIEF AUS BERLIN – NR. 2/2018

### Inhalt

#### Vorwort

- + Bundestagsausschüsse nehmen ihre Arbeit auf
- + Koalitionsverhandlungen SPD/CDU/CSU
- + Debatte zum Familiennachzug
- + Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
- + Ausblick Hessengipfel

### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Sitzungswoche haben sich die Ausschüsse als Dreh- und Angelpunkt der parlamentarischen Auseinandersetzung im Deutschen Bundestag konstituiert. In dieser Wahlperiode werde ich erneut Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sein. Zudem bin ich nun auch Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien. Ich freue mich auf die neuen Aufgaben und hoffe auf gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen.

Zusätzlich zu den parlamentarischen Aufgaben in den Ausschüssen bin ich aktuell in den vorbereitenden Verhandlungen zu den Koalitionsgesprächen gefordert. Als Mitglied der Facharbeitsgruppe für Kunst, Kultur, Kreativwirtschaft und Medien setze ich mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen für eine zukunftsgerichtete Kulturpolitik ein.

Der Bundestag entschied in dieser Woche auch über die strittige Frage des Familiennachzugs. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir einen Kompromiss mit der Union erzielt, der – trotz Aussetzung bis August – eine humane Lösung für die Familien subsidiär schutzberechtigter Menschen über die Fortführung einer inhumanen, konservativen Politik stellt. Am Mittwoch gedachte der Deutsche Bundestag den Opfern des Nationalsozialismus. Diese Tradition ist auch eine Mahnung, dass sich diese Verbrechen an der Menschlichkeit nicht wiederholen.

Am Wochenende findet der Hessengipfel statt, auf dem die Koalitionsgespräche eine gewichtige Rolle spielen werden.

Nun wünsche ich Ihnen/Euch allen ein angenehmes Wochenende und viel Spaß bei der Lektüre!

Martin Rabanus, MdB

## Konstituierung der Ausschüsse der 19. Wahlperiode im Deutschen Bundestag



In dieser Woche konstituierten sich die 23 ständigen Ausschüsse sowie die jeweiligen zugehörigen Arbeitsgruppen aller im Bundestag vertretenen Fraktionen. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung setzt sich aus 42 ordentlichen Mitgliedern zusammen, dem Ausschuss für Kultur und Medien gehören 18 Personen an.

In den kommenden vier Jahren möchte ich an meine Arbeit der letzten Wahlperiode im Bildungsausschuss anknüpfen und werden deshalb weiterhin ordentliches Mitglied bleiben. Die Zuschnitte und Zuständigkeiten – und somit auch das Portolio an Themen, das ich in den kommenden vier Jahren bearbeiten werde – werden zeitnah geklärt. Neben anderen Themen wird mich die Weiterbildung beschäftigen. Die Bedingungen für die Fachkräfte, die demographischem Wandel und Digitalisierung durch Weiterbildung begegnen wollen, müssen wir noch besser ausgestalten.

Als Film- und Medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion werde ich mich im Kultur- ausschuss insbesondere diesen beiden Themen widmen, ergänzt durch mir bereits vertraute Bereiche wie die Kulturelle Bildung.

## Koalitionsverhandlungen von SPD und Union – Kultur, Medien, Bildung und Forschung



Die Koalitionsverhandlungen sind in dieser Woche in vollem Gang. Ich freue mich, dass ich als Mitglied der Arbeitsgruppe Kunst, Kultur, Kreativwirtschaft und Medien direkt eingebunden bin. Unser Ziel in den Verhandlungen ist eine fundierte, zukunftsgerichtete Kultur- und Medienpolitik für Deutschland.

Dafür haben wir uns in den vergangenen Tagen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Union getroffen und, im Rahmen der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit, in ernsthaft aber klar geführten Arbeitstreffen mit den wichtigen fachpolitischen Themen auseinandergesetzt: von der sozialen Lage für Menschen in Kunst und Kultur über die Gleichstellung und Erinnerungskultur bis hin zu Medienkompetenz und Kultureller Bildung.

Kunst und Kultur sind frei. In Ihrer Freiheit und Vielfalt bereichern sie unser Leben und leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Integration. Sie regen den kritischen Austausch an und sind Grundlage unserer offenen, demokratischen Gesellschaft.

Der Bildungs- und Forschungsbereich ist bereits erfolgreich ausverhandelt. Wir haben

uns mit unseren wichtigsten Punkten aus dem SPD-Regierungsprogramm für die Weiterentwicklung des Bildungssystems in Deutschland durchsetzen können! Fest steht: wir haben das Kooperationsverbot endlich beendet! Der Bund darf in Schulen investieren und damit wollen wir nun die Ganztagsbetreuung stärken, die Digitalisierung in den Schulen voranbringen sowie die berufliche Bildung stärken und so mehr Chancengleichheit erreichen!

Mit insgesamt 13 Milliarden Euro – 11 Milliarden Euro im Bildungsbereich, zwei Milliarden Euro für Forschung – haben wir in einer Weise Neuinvestitionen in diesen Bereichen vereinbart, wie es keine andere Regierung zuvor getan hat. Wir wollen Bildung und Forschung in Deutschland wieder voranbringen.

Weitere wichtige Punkte sind die Stärkung der Berufsschulen, der Ausbau der Aufstiegsfortbildung und der Weiterbildung allgemein, die Anpassung des BAföGs, die Ausweitung der MINT-Förderung, die Stärkung der Alphabetisierung, mehr Gleichstellung in der Wissenschaft, den Ausbau der Fachhochschulförderung um nur einige zu nennen. Der vollständige Text der Vereinbarung wird erst in den kommenden Tagen veröffentlicht werden, doch diese Meilensteine sind ausverhandelt und deshalb ist klar, dass sie kommen werden. Bildung und Forschung sind wichtige Ressourcen für Deutschland und wir wollen sie nutzbar machen – für alle Menschen!

## **Bundestag berät zum Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten**



Über die strittige Frage des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, also beispielsweise Bürgerkriegsflüchtlinge, entschied der Bundestag in dieser Woche. Wir halten es nach wie vor für unerträglich, wenn Kinder von ihren Eltern getrennt bleiben, wo sie zusammengeführt werden könnten. Im Februar 2016 hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits gegen die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte gestimmt.

In den Sondierungsgesprächen mit der Union haben wir einen Kompromiss erreicht: Ab August soll zumindest für 1.000 Menschen pro Monat der Nachzug möglich sein. Damit hat die SPD eine humanitäre Regelung gefunden, die mit keiner anderen Koalition oder einer offenen Abstimmung in diesem Parlament möglich gewesen wäre – und die für das Land tragbar ist. Diese Regelung ist ein wichtiger humanitärer Fortschritt und wir befürchten alternativ, dass sich sonst eine Regelung durchsetzt, die Familiennachzug unmöglich macht. Wir stimmen deshalb der einmaligen Aussetzungsverlängerung bis zum 31.07.2018 zu, in der Erwartung, dass ab 01.08.2018 der von uns durchgesetzte Kompromiss geflüchteten Kindern helfen wird.

## Deutscher Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus



In einer Sonderveranstaltung gedachte an diesem Mittwoch der Deutsche Bundestag den Opfern des Nationalsozialismus. Anlass war der 73. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen am 27. Januar 1945. Seit 1996 gibt es diesen "Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus".

Die Holocaust-Überlebende Dr. h. c. Anita Lasker-Wallfisch hielt eine bewegende Gedenkrede. Frau Lasker-Wallfisch rettete seinerzeit die Musik das Leben – da sie Cello spielen konnte überlebte sie das Konzentrationslager. Bis heute hilft sie durch Lesungen und den Austausch mit Schulklassen, die Erinnerung wach zu halten.

Es war die erste Gedenkstunde seit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag und damit für mich persönlich ein Moment, in dem es neben dem Innehalten und Gedenken auch darum ging, gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft aufzustehen. „Hass ist ein Gift, mit dem man sich selbst vergiftet“, sagte Anita Lasker-Wallfisch zutreffend. Es gilt, sich Hass entgegen zu stellen – immer und überall.

## Hessengipfel in Friedewald – SPD Hessen will Weichen für 2018 stellen



Das traditionelle Treffen der hessischen SPD – der Hessengipfel – im osthessischen Friedewald wirft seine Schatten voraus. Unter dem Eindruck der laufenden Koalitionsverhandlungen mit den Unionsparteien treffen sich Vertreterinnen und Vertreter der hessischen SPD-Landtagsfraktion, Hessens SPD-Bundestagsabgeordnete sowie die Spitzen der hessischen SPD. Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil wird, neben anderen, in Friedewald zu Gast sein.

Einige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben ihre Teilnahme wegen der Koalitionsgespräche in Berlin bereits absagen müssen. So etwa die SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Andrea Nahles und Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz. Auch Michael Roth, der den ersten Hessengipfel ins Leben rief, ließ sich entschuldigen. Als Leiter der Arbeitsgruppe Kunst, Kultur, Kreativwirtschaft und Medien ist er nun auch Mitglied der großen Hauptverhandlungsrunde. Die vorbereitende Arbeit für diese Arbeitsgruppe habe ich als Kultur- und Filmpolitiker in den vergangenen Wochen inhaltlich unterstützt.

## Pressemitteilungen

[01.02.2018 „Bundestagsausschüsse konstituieren sich – Martin Rabanus ist Mitglied im Bildungs- und Kulturausschuss“](#)

## Termine

02.02.2018

18:00 Uhr – Hessengipfel der SPD Hessen, Friedewald

03.02.2018

08:30 Uhr – Hessengipfel der SPD Hessen, Friedewald

05.02.2018

19:00 Uhr – Sitzung des SPD-Unterbezirksvorstands Rheingau-Taunus, Schlangenbad

06.02.2018

13:00 Uhr – Fraktionssitzung der SPD-Kreistagsfraktion, Kurhaus Bad Schwalbach

15:00 Uhr – Kreistag Rheingau-Taunus-Kreis, Kurhaus Bad Schwalbach

07.02.2018

13:00 Uhr – Gespräch mit Prof. Dr. Otmar Löhneritz, Hochschule Geisenheim

19:00 Uhr – Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD Hessen Süd, SPD-Parteihaus, Frankfurt am Main

08.02.2018

*18:00 Uhr – Diskussionsveranstaltung zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen von SPD und Union, „Kulturtreff Scheune“, Geisenheim*

*Kursive Termine sind öffentlich*